

Der Bau der Unterthorbrücke

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **31 (1941)**

Heft 3

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-633972>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Bau der Unterthorbrücke

Nach dem Bericht der Stadthronik

(Vgl. dazu den Aufsatz auf Seite 58 und die weiteren Bilder Seite 59—62)

Ungefähr zehn Jahre nach dem Tode des Herzogs Berchtold von Züringen, etwa um das Jahr 1230, „waren die von Bern gar notdürftig gewesen einer bruggen über die Ar nidenus, und viengen an die brugge ze machen; und do si die joche gesluogen uf der halbeil der Aren, do wolt der Graf von Kyburg nit daz sy fürer sluogen, von sachen wegen daz er meinde, es wer von deshin in siner herschaft. Do nun die von Bern sin ungenade erkanden, do kouften si einen botungarten enent der Aren, da die brugge hingang solte, do nun der turn stat, umb daz der grunde des eigens daselbes si anhort; und slougen die bruggen fürsich und buwten so si best mochten.“ — So berichtet uns die Berner Stadthronik, die Konrad Justinger im Jahre 1420 im Auftrag des Rates verfaßt hatte. Das Jahr des Baues, wie es uns der Chronist überliefert, nämlich „umb die zite als man zalte von gots geburt MCC und XXX jar“, wird kaum stimmen. Mit grösster Wahrscheinlichkeit muss dieses Ereignis in das Jahr 1255 verlegt werden. Es ist aber wohl möglich, dass früher bereits eine Brücke bestanden hat, da drei Urkunden aus dem Jahre 1239 von einer oberen Brücke (über den Graben beim Kornhaus) sprechen, der folgerichtigerweise eine untere (über die Aare) entsprechen müsste.



Der Bau der Unterthorbrücke, wie ihn sich der Illustrator der im Jahre 1485 geschriebenen Berner Chronik (der sog. Spiezer Schilling) vorstellte. Die Brücke ward aus Stein gebaut. Besonders interessant ist die Winde mit dem Tretrad, mittels welcher die Steine aus dem Schiff gehoben und gesetzt werden. — Links im Vordergrund kaufen zwei Ratsherren den seitlich durch die Bäume angedeuteten Baumgarten, was durch die Ueberreichung eines Sackes voll Geld dargestellt wird. Am Stadttor steht noch das alte Berner Wappen, ein schwarzer Bär im weissen Feld, das die Stadt nach der Niederlage an der Schosshalden 1289 auf Geheiss König Rudolfs von Habsburg hat abändern müssen.



Der Brückenbau nach der amtlichen Stadthronik aus dem Jahre 1484. Wir sehen dabei einen ersten Versuch der Darstellung des Aarelaufs, der Nydeckkirche, sowie der alten Leutkirche (am Platze des 1420 begonnenen Münsters) und der Franziskaner- und Dominikanerkirche. Gebaut wird eine Holzbrücke. Köstlich sind die beiden Zimmerleute rechts im Vordergrund, die einen Balken zum Behauen anreissen. Der Herr links ist wahrscheinlich der Graf von Kyburg mit seinem Gefolge; daher hat ihm ein späterer Leser wohl auch das Gesicht zerkratzt. Am Stadttor steht bereits (unrichtigerweise) das neue Bernerwappen.



Die Darstellung des Brückenbaues in der Bernerchronik von Tschachtlan. Auch hier wird wieder der Aarelauf anzudeuten versucht. Die Figur rechts ist der Graf von Kyburg, kenntlich am Wappenschild seines Knappen, der gegen den Bau Einspruch erhebt. Die Brücke wird aus Holz gebaut. Am Stadttor das alte Bernerwappen, aber verkehrt laufend. Das eine Haus auf dem rechten Aareufer ist durch den Kranz an einer Stange als Herberge gekennzeichnet. Es ist das Klösterli.



Eine spätere Darstellung in einer Chronikabschrift des 16. Jahrhunderts. Rechts im Vordergrund das mit dem Kyburgerwappen gekennzeichnete Klösterli.

kennt, weiß, wie sie sich mit dem einfachen Sage zu trösten versucht, „es brauche ja nicht so schlimm zu werden“, und man werde ungeschoren bleiben, wenn man nur die Hände von einer Sache lasse.

Aber selbst für den ehrlichen Demokraten, der nicht nur aus Gründen der Bequemlichkeit überlegt, bedeutet es einen gelinden Schrecken, wenn er Roosevelts „Vollmachtenprogramm“ studiert. Der Präsident soll die Vollmacht erhalten, die Leiter aller Staatsdepartemente zur Ausführung von Handlungen zu veranlassen, die nach der persönlichen Ansicht des Staatsoberhauptes für die Landesverteidigung notwendig seien. Dies soll er freilich „unter Berücksichtigung der übrigen Gesetzgebung“ tun können ... aber ...! Er soll ferner ermächtigt werden, die Produktion von kriegswichtigen Waren zu verfügen und alles, was der Verteidigung diene, „zu verkaufen, zu transferieren, auszutauschen, auszuleihen oder zu verteilen“.

Dem gleichen Zwecke soll die Ermächtigung dienen, ohne Einschränkung alle Arten von Kriegsmaterial reparieren oder instand setzen zu lassen für alle Staaten, deren Unterstützung dem Verteidigungsinteresse Amerikas diene. Wichtig ist auch das Recht, das er verlangt, „Informationen über Wehrfragen aller Art“ an die genannten Staaten ... praktisch an England, weiterzuleiten oder abzutreten. Hier handelt es sich darum, Verteidigungsmittel, deren Kenntnis der USA-Armee vorbehalten war, auch den Engländern dienstbar zu machen. Schließlich will der Präsident auch das Recht haben, mit den „in Frage kommenden Staaten“, also England und seinen spätern Alliierten, wenn es je solche geben wird, die Verkaufs- und Vergütungsbedingungen für gelieferte Kriegswaren nach seinem Ermessen zu vereinbaren, d. h. nach den Interessen der Verteidigung Amerikas, wie er sie abschätzt. Ihm soll es überlassen sein, Zahlung oder Rückstattung, „in welcher Form auch immer“, zu diktieren.

Roosevelt hat persönlich betont, er werde sein Möglichstes tun, um die Gesetzesvorlage in kürzester Zeit vom Kongreß genehmigen zu lassen, da nunmehr alles auf äußerste Schnelligkeit ankomme. Und es will scheinen, daß er mit seiner „Kriegsdiktatur“ durchdringen werde. Mancher seiner Gegner ist schon zu ihm übergegangen. Sein Rivale in den Präsidentschaftskämpfen, Wendell Willkie, erklärt öffentlich, er sei von seiner früheren Erklärung abgekommen, wonach eine englische Niederlage Amerika nicht in Mitleidenschaft ziehen würde. Und er billigt die Vorlage Roosevelts mit geringen Abänderungen.

Der Standpunkt der Exportindustrie

Während sich unser Land mit dem Gedanken an eine planmäßige Bewirtschaftung unserer lebenswichtigen Produktionssektoren mehr und mehr vertraut macht, während die Anbauschlacht in den Zeitungen und in verschiedenen Büros besprochen wird, während schon der Mehranbau von 50,000 Hektaren festgelegt wurde und in den vielen Gemeindegemeinschaften des Landes ausgerechnet wird, wieviel jeder Grundbesitzer neu „aufzubrechen“ habe, besonders in den Gebieten der reinen Graswirtschaft ... und während sich ein Ausbruch wie etwa jener vom „Programm Wahlen“ in den Gedanken der Allgemeinheit einnistet, lange bevor man weiß, was dieses Programm eigentlich will, gerät unsere Exportindustrie unmerklich in Bewegung. Sie befindet sich mit ihren Zielen nicht eigentlich im Gegensatz zu dem, was die „Binnenwirtschaft“ zwangsläufig erstreben muß ... aber irgendwie kommt es den Leuten doch vor, man könnte sie vergessen und Dinge beschließen, die geradewegs auf eine Untergrabung der großen Positionen hinauslaufen, die man schließlich innerhalb der Gesamtwirtschaft einnimmt.

Solche Sorgen kamen an der Tagung der argentinischen Freisinnigen in Mar del Plata, im Referat des Herrn Speiser, Präsident der Brown Boveri A.-G., zum Ausdruck. Die Hälfte unserer Bevölkerung, so lautete die Aussage des

Herrn Speiser, muß alles, was sie benötigt, aus dem Auslande beziehen. Unser Wirtschaftsraum ist ein Mangelraum. Unter dem Druck dieses Mangels ist unsere Exportwirtschaft entstanden. Sie beschafft Arbeit, sie tauscht Qualitätsgüter gegen billige Lebensmittel ein. Dreißig Rappen kostete im vergangenen Jahr ein importiertes Kilo Ware im Durchschnitt ... zwei Franken siebzig wurde uns für ein Kilo Exportware im Durchschnitt bezahlt. Die Differenz bedeutet: Arbeit, Leistung, Ernährung eines Großteils unserer Bevölkerung. Ohne die Bezugsmöglichkeit für billige Lebensmittel auf Grund der Ausfuhr könnte unsere Landwirtschaft nicht mit den teuren Lebensmitteln, die sie liefert, bestehen. Im übrigen ist diese Landwirtschaft, die einst einen großen Teil des wichtigen Exportes bestritt, zu einem Marktopfosten in der Exportbilanz geworden. Sie bezahlt für Düngemittel, für Sämereien, für Viehfutter mehr, als sie für exportierte landwirtschaftliche Waren hereinbringt.

Wenn der durchschnittliche Zeitungsleser diesen Bericht über das Referat eines der hervorragendsten Vertreter unserer Exportwirtschaft liest, und dicht daneben oder in einer folgenden Nummer das Bild des Herrn Dr. Wahlen sieht, mit der Notiz, daß sein „Anbauprogramm“ die Ernährung unseres ganzen Volkes sicherstellen wolle, gerät er in eine Gedanken-Zwidschmühle. Nach dem Votum des Großindustrievertreeters ist unsere Landwirtschaft sozusagen ein „Mangelzweig“ der Gesamtwirtschaft und hält sich auf ihrem heutigen Stande dank der Zuschüsse, welche im Grunde durch den Exportverkehr mit dem Auslande herausgewirtschaftet werden müssen. Wie soll es diese Landwirtschaft ... falls es so um sie steht, fertig bringen, unsere gesamte Einwohnerkraft mit allem Nötigen, wenigstens was die Ernährung angeht, zu versehen? Müßte am Ende der „Plan Wahlen“ seinem ganzen Umfange nach „durch die Exportindustrie finanziert“ werden? Man kommt, wenn man den Bericht über das Referat von Herrn Speiser liest, zu solchen Folgerungen.

Ein Vertreter der Landwirtschaft wird einwenden, gerade die Konzentration so vieler Kapitalkräfte auf die Industrie habe verhindert, daß die Landwirtschaft bisher ihre Leistungen den Landesbedürfnissen habe anpassen können. Und erst jetzt seien die Verhältnisse dermaßen geändert, daß kein anderer Weg mehr übrig bleibe, als planmäßig die notwendigen Umstellungen vorzunehmen. Planmäßig! Die Exportindustriellen machen, wie dies Herr Speiser ausführt, hinter alle „Planung“ ein Fragezeichen. Planwirtschaft bedeute Autarkie, und Export und Autarkie seien unvereinbare Gegensätze.

So fliegen die Argumente hinüber und herüber, und das schweizerische Publikum möchte eine Stelle kennen, die ihm sagt, wer nun in Wahrheit recht habe. Oder wenigstens, ob der Gegensatz, wie ihn Herr Speiser herausgearbeitet, auch wirklich bestehe, oder ob eine „Planung“ im landwirtschaftlichen Anbau sich ganz gut mit den Zielen der Exportindustriellen verträge. Wenn Herr Speiser befürchtet, man könnte der exportierenden Industrie „die jungen Leute entziehen“, um sie in einer „planmäßigen Binnenwirtschaft“ planmäßig einzusetzen, und wenn er behauptet, alle Planung erfahre durch die Ereignisse außerhalb unserer Grenzen ihre Korrekturen und erweise sich deshalb schließlich als unmöglich, so sieht das nicht nach der Verständigung aus, auf die er nach seiner Aussage hofft.

Wir sind der Ansicht, daß die „Anbauschlacht“ an Wichtigkeit alles andere übertrifft ... nicht einfach aus „grundfählichen Erwägungen“, sondern weil wir infolge der Zeitbedingungen offenbar die von der Exportindustrie beschafften „billigen Lebensmittel“ nicht mehr im erforderlichen Umfange hereinkriegen. Und wer weiß, ob wir sie jemals wieder so billig erhalten wie vor der Katastrophe. Die Frage aber, ob wir der Landwirtschaft, die eine so wichtige Abnehmerin von Produkten der andern Industrie, der für das Inland schaffenden, für die Lebensmittel zu viel bezahlen, ist wohl anders zu diskutieren, als es die Exportindustrie tut.